

Monatsbrief August 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,
ein interessanter Sommer, der uns zeigt, wie vielfältig er sein kann. Dies schreibe ich angesichts meines Spazierganges nach dem Mittagessen bei einer Außentemperatur von nur 17 Grad. Doch keine Bange, wir werden für einen heißen Wahlherbst sorgen. Dazu haben wir uns angemessene Ziele gesetzt:
Wir haben die Realität im dritten Sozialismus klar analysiert und werden dazu kluge Ideen zur Verbesserung für unser deutsches Volk weiterhin vortragen.
Sehr gerne wollen wir mit vielen Ratsmitgliedern, Kreistagsabgeordneten, Bürgermeistern und einem Landrat der AfD nach der Wahl unsere Politik für unser Volk konsequent umsetzen. Unterstützen Sie uns gerne dabei. Sprechen Sie mit Ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und ihrer Familie über eine kluge AfD-Politik. Jede Stimme für die AfD wirkt!
Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen.
Ihr Kreisvorstand

1. Aus dem Kreistag
2. Aus dem Stadtrat der Hansestadt Buxtehude
3. Kolumne von Arndt Zedef
4. Zu guter Letzt

1. Aus dem Kreistag

28.07.2026 KREISTAG STADE: AFD KRITISIERT VORHABEN „KINDERFREUNDLICHER LANDKREIS“ ALS TEURE SYMBOLPOLITIK

Anke Lindszus, AfD Fraktionsvorsitzende, argumentierte im Kreistag am 29.6.2026 wie folgt ([Kreistagsmediathek auf Youtube](#) ab Min 1:10:00 – 1:14:21):

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Kreistagsmitglieder, liebe Zuhörer, der Landkreis Stade soll „kinderfreundliche Kommune“ werden. Klingt gut, ist aber teure Symbolpolitik auf Kosten der Steuerzahler. War unser Landkreis bisher nicht kinderfreundlich? Die unausgesprochene Botschaft dieses Programmes lautet ja. Dies wird allen Landkreisen und Kommunen unterstellt, die keinen Wert auf das Siegel legen. Das ist doch absurd. Warum will man das Siegel trotzdem?

Man will künftig bei allen Planungen und Entscheidungen der Kreisverwaltung verbindlich prüfen, ob Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention eingehalten wird – vom Haushalt über die Mobilität bis hin zur Raumgestaltung. Nicht dass man bisher gegen die Konvention verstoßen hätte, sicher nicht, aber man hat es nicht explizit dokumentiert. „[28.07.2026 Kreistag Stade: AfD kritisiert Vorhaben „Kinderfreundlicher Landkreis“ als teure Symbolpolitik](#)“ [weiterlesen](#)

22.07.2026 PRESSEMITTEILUNG: INKOMPETENZ, DESINTERESSE ODER POLITISCHE DUMMHEIT IN DER SPITZE DER KREISVERWALTUNG STADE?

Kommentar.

Die AfD-Fraktion im Kreistag hatte am 08.07.26 eine Anfrage an den Stader Landrat Kai Seefried zu Polizeieinsätzen im Bereich der Elbekliniken gestellt. Ein Thema, das viele Menschen im Landkreis bewegt, weil hier eine Entwicklung deutlich wird, die die Gesellschaft Schritt für Schritt zerstört. Die Antworten vom 21.07.26, besser die Nichtantworten, dazu sind erschütternd, bezeichnend, aber nicht überraschend für diesen Landrat. Hinzu kommt, dass diese Nicht-Antworten vom Ersten Kreisrat Heinze unterzeichnet worden sind. Der Eigentümer der Elbekliniken, der Landkreis Stade, will den Bürgern erzählen, dass er nicht darüber informiert ist, wie viele Polizeieinsätze es dort gegeben hat? Er behauptet, dass keine Daten darüber vorliegen, wie oft Klinikpersonal oder Rettungskräfte Polizeieinsätze ausgelöst haben? Weiter ist dem Landrat nicht bekannt, welche Art von Straftaten oder Angriffe auf Klinikpersonal Polizeieinsätze ausgelöst haben? Auch weitere Fragen der AfD zu diesem Themenkomplex wurden in genau diesem Stil „abgearbeitet“.

Was soll hier unter dem Teppich bleiben, sehr geehrter Herr Landrat Seefried? Sie wissen nichts und müssen deshalb auch nicht handeln? Sie glauben, das wird so funktionieren? Es wird nicht funktionieren, weil immer mehr Menschen auf diesem Teppich herumtrampeln werden.

Helmut Wiegers, AfD-Kreisverband Stade Pressesprecher

Die Anfrage/Antworten des Landkreises finden Sie [HIER](#)

22.07.2026 KREISTAG STADE: ANTWORT ZUM THEMA POLIZEIEINSÄTZE IN DEN ELBEKLINIKEN

Die AfD-Fraktion hatte am 8.7. eine Anfrage zur Zahl der Polizeieinsätze und Strafanzeigen aufgrund von Angriffen auf das Personal der Elbekliniken in Stade und Buxtehude gestellt (Der Landkreis Stade ist Eigentümer der Elbe-Kliniken). Hier die Antwort der Kreisverwaltung:

Sehr geehrter Herr Julitz,
die Anfrage der AfD-Kreistagsfraktion zu Polizeieinsätzen in der EKSB berührt im Wesentlichen den Zuständigkeitsbereich der Polizei- oder Strafverfolgungsbehörden in der Region. Der Landkreis Stade hat hierzu keine ihm zugänglichen Informationen. Soweit die Anfrage den eigenen Verantwortungsbereich der EKSB als Gesellschaft betrifft, habe ich den Geschäftsführer gebeten, zu den Fragen Stellung zu beziehen.
1. Wie viele Polizeieinsätze gab es auf dem Gelände der Elbekliniken?
Keine dem Landkreis zugängliche Information.

2. Wie viele Einsätze wurden vom Klinikpersonal oder von Rettungskräften ausgelöst?

Die EKSB teilt mit, dass hierzu keine Statistiken für 2024 – 2026 vorliegen.

3. Welche Ereignisse oder Straftaten waren die Ursache für die Polizeieinsätze Hausfriedensbruch, Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Angriffe auf Krankenhauspersonal und Rettungskräfte, usw.)?

Keine dem Landkreis zugängliche Information.

4. Wie oft sind Krankenhauspersonal und Rettungskräfte tätlich angegriffen und verletzt worden?

Die EKSB teilt mit, dass hierzu keine Statistiken für 2024 – 2026 vorliegen. Vereinzelt seien Fälle bekannt. Zu differenzieren sei dabei allerdings auch, aus welchem Grund der tätliche Angriff resultierte, z.B. durch Patienten im Delir oder in psychischer Ausnahme-situation (Psychiatrie). „[22.07.2026 Kreistag Stade: Antwort zum Thema Polizeieinsätze in den Elbekliniken](#)“ [weiterlesen](#)

19.07.2026 AUSKUNFTSERSUCHEN ZUM 6-FACHEN MORD IN STADE

... an die Pressestelle der Staatsanwaltschaft in Stade:

Viele Bürger fragen sich, warum die Staatsanwaltschaft Stade keinen Haftbefehl gegen die 65-jährige Fahrerin des Fluchtfahrzeuges des 6-fachen Mörders von Stade beantragt hatte.

Bei der Vernehmung gab die Fahrerin des Fluchtfahrzeuges an, vom Täter zum Führen des Fahrzeuges gezwungen worden zu sein, obwohl sie diesen freiwillig zu der Einrichtung hingefahren hatte. Dass die Fahrerin die Tat nicht mitbekommen hat, kann somit ausgeschlossen werden, zumal selbst Anwohner zu Protokoll gaben, dass sie Schüsse und Schreie aus der Jugendhilfeeinrichtung gehört haben. Mit Bezug auf diese sehr zweifelhaften Aussagen der Tatverdächtigen, sah die Staatsanwaltschaft Stade keinen dringenden Tatverdacht und verzichtete auf die Beantragung eines Haftbefehles.

Da die Fahrerin des Fluchtwagens nun untergetaucht ist und sich somit den behördlichen Ermittlungen entzogen hat, wie den Medien zu entnehmen war, möchte die AfD-Kreistagsfraktion Stade wissen:

- ob gegen die Frau nun ein Haftbefehl beantragt wurde,
- ob der Staatsanwaltschaft der Aufenthaltsort der Frau bekannt ist,
- ob die Staatsanwaltschaft weiterhin von fehlendem Tatverdacht ausgeht,
- und ob der mögliche Zwang zum Führen des Fluchtwagens durch Beweise untermauert ist.

Vielen
Mit freundlichem
Dipl.-Ing. Maik
Kreistagsabgeordneter der AfD-Fraktion

Dank.
Gruß
Julitz

Antwort der Staatsanwaltschaft:

Sehr geehrter Herr Julitz,

Auskünfte über Ermittlungsverfahren können von hier aus lediglich an Journalisten auf der Grundlage des pressrechtlichen Auskunftsanspruch erteilt werden. Nachfragen aus einer politischen Tätigkeit heraus können darauf nicht gestützt werden. Ich kann Ihnen Ihre Fragen daher leider nicht beantworten.

12.07.2026 KREISTAG STADE: ANFRAGE – POLIZEIEINSÄTZE IN DEN ELBEKLINIKEN

Sehr geehrter Herr Landrat, Inoffiziell wird über eine gestiegene Anzahl von Polizeieinsätzen im Bereich der Elbekliniken berichtet. Mit dieser Anfrage möchte die AfD-Fraktion dazu Klarheit schaffen. Wir bitten, die Fragen nach den Jahren 2024 und 2025 und den Häusern in Stade und Buxtehude getrennt zu beantworten.

1. Wie viele Polizeieinsätze gab es auf dem Gelände der Elbekliniken?
2. Wie viele Einsätze wurden vom Klinikpersonal oder von Rettungskräften ausgelöst?
3. Welche Ereignisse oder Straftaten waren die Ursache für die Polizeieinsätze (Hausfriedensbruch, Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Angriffe auf Krankenhauspersonal und Rettungskräfte, usw.)?
4. Wie oft sind Krankenhauspersonal und Rettungskräfte tätlich angegriffen und verletzt worden?
5. Wie viele Strafanzeigen sind im vorgenannten Zusammenhang gegen wie viele Personen gestellt worden?
6. Welche Folgen hatten die Strafanzeigen für die Täter (Geld-, Haftstrafen, Schadenersatz, usw.)?
7. Welche Tendenz wird für das Jahr 2026 erwartet?

Vielen Dank.
Mit freundlichen Grüßen
Maik Julitz
Kreistagsabgeordneter der AfD-Fraktion

07.07.2026 KREISTAG STADE: VERABSCHIEDUNG DES INTEGRIERTEN GESAMTVERKEHRSKONZEPTE

Die AfD Fraktionsvorsitzende Anke Lindszus hielt zu dem Thema eine Rede in der Sitzung des Stader Kreistages am 29.06.2026, siehe [HIER](#) auf Youtube

Vielen Dank, Herr Vorsitzender, nochmal guten Tag meine Damen und Herren, liebe Zuhörer,

wir beraten hier das Integrierte Gesamtverkehrskonzept für unseren Landkreis. Das ist ein umfangreiches Papier mit vielen schönen Worten zur Verkehrswende. Das Konzept setzt stark auf Verlagerung vom Auto hin zu Rad und ÖPNV. Das klingt modern, ignoriert aber die Alltagswirklichkeit der meisten Bürger.

Unser Landkreis ist ländlich geprägt. Viele Menschen pendeln täglich nach Hamburg, bewirtschaften Höfe, transportieren Ernte oder schwere Lasten.

Diese Wege lassen sich nicht einfach auf das Fahrrad oder app-gesteuerte On-Demand-Buse verlagern. „**07.07.2026 Kreistag Stade: Verabschiedung des integrierten Gesamtverkehrskonzeptes**“ [weiterlesen](#)

01.07.2026 KREISTAG STADE: THEMA MEDIENÖFFENTLICHKEIT – NUTZUNG DER MEDIATHEK DES KREISTAGES

Auf der Kreistagssitzung am 29.06.2026 wurde §5 Medienöffentlichkeit der Hauptsatzung dahingehend geändert, dass Film- und Tonaufnahmen der Kreistagssitzungen nun ausschließlich dem Landkreis vorbehalten sind. Verlinkungen auf die Aufzeichnung des Livestreams (der 6 Monate im Netz verfügbar bleibt), sind gestattet, aber nicht die Verbreitung von Ausschnitten.

Die Rede der AfD Fraktionsvorsitzenden, Anke Lindszus, zu diesem Thema ([HIER](#) die Rede auf Youtube):

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Ratsmitglieder, liebe Zuhörer,

der neuen Satzungsentwurf zur Medienöffentlichkeit sieht vor, dass Kreistagssitzungen neben dem Livestream auch wieder ! zeitversetzt über die Mediathek des Landkreises anzusehen sind. Er erlaubt auch Dritten das Setzen von Links in diese Mediathek.

Wenn ich dann wieder meine Reden für unser Internetseite transkribiere und auf die Internetseite stelle, kann zur originalen Rede verlinkt werden und ein Interessent kann sie sehen. (6 Monat lang). Soweit so gut.

Neu ist aber, dass nur der Landkreis selbst oder von ihm Beauftragte Aufnahmen machen und veröffentlichen dürfen. Gestrichen sind „die Medien“. Es hat Sie offensichtlich sehr gestört, dass wir zur letzten Sitzung ein eigenes Medienteam mitgebracht haben. Aber was heißt das noch? Auch der NDR hat schon in diesem Raum gefilmt – zum Beispiel zum Thema Wolf. Das wäre wohl künftig auch nicht mehr möglich. Oder wird der NDR dann vom Landkreis „beauftragt“?

Wir finden diese Einschränkung absurd. Wir tagen hier doch öffentlich. „**01.07.2026 Kreistag Stade: Thema Medienöffentlichkeit – Nutzung der Mediathek des Kreistages**“ [weiterlesen](#)

2. Aus dem Stadtrat der Hansestadt Buxtehude

12.07.2026 STADTRAT BUXTEHUDE: ANKE LINDSZUS ZUM THEMA UMSETZUNG KLIMAAANPASSUNGSKONZEPT UND ANSCHLUSSFÖRDERUNG

Aus der Sitzung des Buxtehuder Rates am 22.6.2026

Beschlussvorschlag Vorlage 2026/097: „Der Rat der Hansestadt Buxtehude beschließt, das erarbeitete Konzept zur nachhaltigen Klimaanpassung und für Natürlichen Klimaschutz umzusetzen und Fördermittel dafür zu beantragen. Der Beschluss zur Umsetzung des Konzepts erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel.“

Hintergrund:

- Aktuell: „A.1 Einstieg in das kommunale Anpassungsmanagement“ Ziel: Konzept zur Klimaanpassung mit befristeter Stelle Klimaanpassungsmanagerin 2 Jahre 16.6.2025-15.06.2027.
- Anschlussförderung „A.2 – Umsetzungsvorhaben (Anschlussvorhaben): Begleitung und Umsetzung des unter A.1 erstellten Konzepts“ – spätestens 6 Monate vor Laufzeitende (Geplant 31.10.2026)

Die AfD Fraktionsvorsitzende Anke Lindszus hielt dazu folgende Rede:

Die ASUF-Sitzung vom 9. Juni hätte aus meiner Sicht eine andere Beschlussempfehlung liefern müssen. Auf der Tagesordnung stand die Präsentation des Klimaanpassungskonzepts.

Präsentiert wurden jedoch vor allem farblich abgestufte Risiko-Karten von Buxtehude. Diese zeigten bekannte Problemlagen – stärker verdichtete und höher bebaute Gebiete als Hitzersisiko sowie tiefer gelegene Flächen als Überflutungsflächen. Konzeptansätze also mögliche Maßnahmen fehlten vollständig. Das habe ich schon im ASUF kritisiert. Interessanterweise wurde seitdem nur noch von einem „Zwischenbericht“ gesprochen.

[„12.07.2026 Stadtrat Buxtehude: Anke Lindszus zum Thema Umsetzung Klimaanpassungskonzept und Anschlussförderung“ weiterlesen](#)

05.07.2026 STADTRAT BUXTEHUDE: ANKE LINDSZUS ZUR KOMMUNALEN WÄRMEPLANUNG

Der Rat der Hansestadt Buxtehude fasste auf seiner Sitzung am 22. Juni 2026 den Beschluss zur kommunalen Wärmeplanung.

Die Rede der AfD Fraktionsvorsitzenden Anke Lindszus zum Thema:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

der vorliegende 155-seitige Bericht zur kommunalen Wärmeplanung ist ein strategisches, stadtweites Rahmenpapier, das viele Details bewusst offenlässt und auf „zukünftige Machbarkeitsstudien“, Sanierungsfahrpläne“ und das noch aufzubauende Energiemanagement verweist.

Ich erinnere an unsere Anfrage Vorlage 2023/129-1 zur Umstellung der Heiztechnik in städtischen Gebäuden. Die Verwaltung hatte damals mit Verweis auf das noch ausstehende Klimaschutzkonzept und die Wärmeplanung vertiefte Antworten in Aussicht gestellt.

Heute, fast drei Jahre später, liegt diese Wärmeplanung vor – und sie beantwortet die meisten unserer damaligen Fragen nicht. [„05.07.2026 Stadtrat Buxtehude: Anke Lindszus zur kommunalen Wärmeplanung“ weiterlesen](#)

26.06.2026 STADTRAT BUXTEHUDE: ANKE LINDSZUS ZUM MASTERPLAN GRUNDSCHULEN

Beschlussvorschlag

Der „Masterplan Grundschulen“ bildet die Grundlage für die strategische Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen und bildungsgerechten Grundschullandschaft in der Hansestadt Buxtehude. Vor diesem Hintergrund werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der Masterplan für die Buxtehuder Grundschulen wird – mit Ausnahme der Standorte Hedendorf

und Neukloster – zur Kenntnis genommen.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, aus den im Masterplan insgesamt entwickelten Projekten mit folgender Variantenprüfung für den Standort Rotkäppchenweg zu beginnen:
 a. Neubau Sporthalle
 b. Erweiterung, Umbau und Sanierung des Schulgebäudes für eine 4-zügig geführte Grundschule
 c. Variante a. und b. als Gesamtmaßnahme
 3. Daran anschließend soll ein Neubau bzw. Umbau/Sanierung für eine 4-zügig geführte Grundschule am Standort Stieglitzweg geprüft werden.

16.6.2026 aus Protokoll Schulausschuss:
 „Zielsetzung nach Beschlussfassung zur endgültigen Vorlage sei es, weiter mit dem Büro Luchterhandt & Partner gemeinsam mit Ralf Moser Architekten in die detaillierte Variantenprüfung für den Standort Rotkäppchenweg einzusteigen, damit für die Haushaltsplanberatungen 2027 konkrete Grundlagen vorliegen. Alle künftigen Baumaßnahmen werden nach dem neuen Entscheidungsmodell für Hochbaumaßnahmen frühzeitig und transparent der Politik präsentiert (vergl. Verwaltungsvorlage 2026/100 sowie Protokoll ABG TOP 5 vom 11.06.2026).“

Die Rede der AfD Fraktionsvorsitzenden Anke Lindszus:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Zuhörer, es wurde hier schon richtig gesagt, alle waren sich zuletzt einig. Die Rotkäppchenschule zuerst, die Standorte Hedendorf und Neukloster aus dem Masterplan herausnehmen und perspektivisch zusammenführen und danach die Stieglitzweg-Schule angehen.
 Die Priorisierung finde ich vernünftig. Aber genau hier endet meine Zustimmung. Denn der Prozess dieses Masterplans ist ein Paradebeispiel dafür, wie man Steuergelder und wertvolle Zeit verschwendet – und dabei die Kinder und Familien in Buxtehude im Stich lässt.
 Seit Jahren wissen wir, dass unsere Grundschulen zu klein sind. Die erste belastbare Schülerzahlprognose liegt seit 2023 vor. Die zweite seit 2024. Und seit 2024 haben wir auch die Studie mit den Ampelfarben, die nicht nur zeigte, dass zwei Sporthallen nicht mehr sanierungsfähig, also rot sind, sondern auch rot bei der schulischen Bausubstanz ist. Und dass wir zu wenig Platz für die Umsetzung der pädagogischen und inklusiven Ansätze haben. Meine Damen und Herren, die Sporthalle Rotkäppchenweg ist seit 2020 durchgeplant, seinerzeit sollte es eine Zweifeldsporthalle werden.

Übrigens genau an dem Standort, der auch im letzten Entwurf von Luchterhand im Masterplan steht. Das ist hier keine Kinderzeichnung, sondern ein Projektplan:



(ich habe diese Zeichnung hochgehalten)
 Es gab seit 2029 sogar eine zugesagte Förderung aus einem Bundesprogramm, wenn denn bis

2023 die Turnhalle fertig wäre. All das haben wir nicht umgesetzt. Ich habe das mal grob zusammengerechnet:

Mit der verlorenen Bundesförderung, den ausgegebenen Planungskosten, und Baukostensteigerungen haben wir so ungefähr 2 Millionen Euro verloren. Und jetzt heißt es „... Eine exakte Umsetzung der alten Planung wird ausgeschlossen und auch die genaue Verortung auf dem Gelände wird bei einer Überprüfung mit betrachtet.“ Und wieder lassen wir Varianten durch Luchterhand prüfen, die dann eben nicht zur Ausschreibung gelangen, denn das muss nach einer weiteren Entscheidung doch unsere Verwaltung machen. **„26.06.2026 Stadtrat Buxtehude: Anke Lindszus zum Masterplan Grundschulen“ weiterlesen**

3. Kolumne von Arndt Zedef

Sozialismus heute: Spieglein, Spieglein an der Wand ...

Welches ist der sicherste Ort im ganzen Land(kreis)?

So könnte der Landrat Kai Seefried (CDU) gefragt haben.

Ist es Buxtehude, wo im Juni ein Hamburger in der belebten Einkaufsstraße Bahnhofstraße am helllichten Tag angeschossen wurde?

Ist es Stade, wo im Juni mitten am helllichten Tag in einem öffentlichen Gebäude 6 Menschen ermordet wurden?

Ist es auf den Plätzen, in den Straßen oder in den Bahnhofsbereichen, in denen es immer wieder zu Gewalt, Messerangriffen und Raub kommt?

Wir alle wissen, dass überdurchschnittlich viele Täter Migranten sind. Doch differenzieren wir Migranten, denn es sind eher nicht Franzosen oder Polen, Dänen oder Schweizer, es sind nicht Vietnamesen oder Chinesen. Es sind auch eher nicht Christen oder Buddhisten. Nicht alle, aber doch die meisten von diesen migrantischen Tätern sind aus meist muslimischen Ländern durch die illegale Grenzöffnung von Merkel (CDU), die bis heute andauert, in unser bis dahin sicheres und friedliches Land gekommen.

Wichtig ist dabei auch, dass die Mehrheit der Moslems keine Täter werden, aber es werden einfach zu viele Moslems zu Tätern. Es gilt also sowohl zu differenzieren, als auch klar zu benennen.

Im Märchen kommt es zu einem glücklichen Ende, da ein Prinz aus einem fernen Land die Prinzessin Schneewittchen rettet.

In der Realität müssen wir Bürger im Landkreis Stade uns selbst helfen und die politische Kraft wählen, die gegen illegale Einwanderung die Grenzen kontrolliert und sichert.

Nur die AfD ist bereit so die Ursache zu bekämpfen.

Dafür brauchen wir Ihre Stimme. Am 13. September AfD wählen!

Sozialismus heute: Bilanz eines Landrats

Im November 2021 trat Kai Seefried (CDU) sein Amt als Landrat des Landkreises Stade an. Seine Bilanz (2021 zu Ende 2025 bzw. 2026):

Einwohnerzahl:

Sie stieg von 206.000 auf 216.000 Einwohner.

Ukrainer im Landkreis:

Seit 2022 kamen ca. 3.300 Ukrainer zu uns.

Asylbewerber u.ä.:

Es wurden freiwillig 60% mehr sogenannte Flüchtlinge aufgenommen, als der Verteilungsschlüssel für unseren Landkreis vorgesehen hat.

Haushalt:

Er stieg von 365 auf 520 Millionen Euro (+42%)

Gesamtverschuldung:

Die langfristigen Investitionskredite stiegen von 103 auf 120 Millionen Euro.

DIE kurzfristigen Kredite stiegen von rund 45 auf 80 Millionen Euro (+78%)

Investitionen:

Sie stiegen von rund 50 auf 73 Millionen Euro (+46%)

Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen:

Es stieg von 23.500 auf 28.000 Euro (+19%)

Arbeitslosenquote:

Sie stieg von 5,2% auf 5,8% (+11,5%)

Genehmigte Wohnungsneubauten:

Sie sanken von 1.229 auf 1.149 (-13,5%)

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte:

Sank von 72.193 auf 66.233 (-8,2%)

Wir stellen also fest:

Die Einwohnerzahl ist gestiegen, die der Flüchtlinge auch, die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hingegen sank.

Die Zahl der Einwohner ist gestiegen, aber die Zahl der Wohnungsneubauten ist gesunken.

Der Haushalt ist deutlich stärker als die Investitionen gestiegen, die Gesamtverschuldung und auch dadurch die Zinslast stieg auch.

Zusammenfassung:

Das wirtschaftliche Gesamtbild seit Amtsantritt von Landrat Kai Seefried (CDU) ist eine Katastrophe. Weniger Arbeitskräfte müssen für mehr Einwohner (Flüchtlinge) mehr aufwenden und sich mit ihnen weniger gebaute Wohnungen teilen. Das alles geht zu Lasten des Wohlstandes unserer Bürger.

Wieso kommt Landrat Kai Seefried in diesen Jahren angesichts dieser Situation auf die völlig falsche Idee im Übermaß Flüchtlinge aufzunehmen?

Ist er nicht in erster Linie seinen Bürgern verpflichtet?

Natürlich gibt es für diese desolate Lage auch externe Einflussfaktoren durch die aktuelle und frühere Bundesregierung und Landesregierung (CDU mit SPD oder SPD mit Grüne).

Aber das macht es für Seefried (CDU) nicht besser, denn seine Partei war fast immer an der Regierung und hat alles zugelassen.

Selbst wenn wir Seefried (CDU) zu Gute halten, dass er wenig Einfluss auf Bund und Land hat, so gilt doch:

Wir können den Wind nicht ändern, aber unsere Segel können wir klug ausrichten.

Das aber hat er gerade nicht getan, dass ist sein versagen.

Ein neuer Landrat muss her, einer der anpackt und die Segel neu ausrichtet, für unsere Bürger – Werner Jacobs ist der richtige Mann dafür.

Am 13. September Werner Jacobs (AfD) zum Landrat wählen.

AfD heute: Bilanz eines Landrats

Oft wird der AfD entgegengehalten, dass sie es ja auch nicht anders machen würde oder besser kann. Schauen wir einmal genauer hin:

Seit Sommer 2023 ist Robert Sesselmann (AfD) Landrat im Landkreis Sonneberg im Süden von Thüringen. Leider wird über ihn kaum berichtet. Kein Wunder, denn er hat die Lage klar analysiert, klug geplant und konsequent gehandelt – typisch AfD.

Die Fakten:

Amtsantritt 2023: Haushaltslage stark angespannt

Haushalt 2024: Überschuss

Haushalt 2025: ausgeglichen
Haushalt 2026/2027 (Doppelhaushalt): ausgeglichen
Und die Brandmauer?
Alle Fraktionen haben dem Haushalt zugestimmt.
Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel klug setzen.
Im Landkreis Sonneberg brauchte es dafür nur den rechten Landrat: Rainer Sesselmann
Im Landkreis Stade brauchen wir dafür auch den rechten Landrat:
Am 13. September Werner Jacobs (AfD) wählen.
Dann geht es auch im Landkreis Stade wieder aufwärts!

Sozialismus heute: Wieder nichts verstanden

Sozialisten stehen dauernd unter Stress, da die Bevölkerung einfach nicht macht, was die Sozialisten vorschreiben, weil die Bevölkerung einfach selbst denkt, weil sie dadurch „falsch“ wählt und die Wirklichkeit klar benennt.

So auch der Kabarettist Uwe Steinle. Er hat auf einer AfD-Veranstaltung die „DDR“-Nationalhymne gesungen. Welch ein Skandal rufen die Sozialisten, allen voran der Kanzleramtschef Frei (CDU). Er kritisiert gemeinsam mit CDU-Generalsekretär Linnemann, die AfD und wirft ihr Extremismus und Geschichtsvergessenheit vor.

Ist der Text der „DDR“-Nationalhymne wirklich extremistisch und geschichtsvergessen?

Schauen wir einmal genauer hin:

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt,

lass uns dir zum Guten dienen,

Deutschland einig Vaterland.

Alte Not gilt es zu zwingen,

Und wir zwingen sie vereint,

Denn es muss uns doch gelingen,

Dass die Sonne schön wie nie

Über Deutschland scheint.

Glück und Friede sei beschieden

Deutschland unserem Vaterland.

Alle Welt sehnt sich nach Frieden,

reicht den Völkern eure Hand.

Wenn wir brüderlich uns einen,

schlagen wir des Volkes Feind.

Lass das Licht des Friedens scheinen,

dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.

Lasst uns pflügen, lasst uns bauen,

lernt und schafft wie nie zuvor,

und der eigenen Kraft vertrauend,

steigt ein frei Geschlecht empor.

Deutsche Jugend, bestes Streben

Unseres Volks in dir vereint,

Wirst du Deutschlands neues Leben.

Und die Sonne schön wie nie

Über Deutschland scheint.

Meine Gedanken dazu:

Die Sozialisten in der „DDR“ erkannten die bedrohliche Brisanz des Textes für ihre Diktatur und verboten schon in den fünfziger Jahren das Singen des Textes der „DDR“-Nationalhymne.

Die Freiheitsbewegung von 1989 sang die Hymne trotzdem. Es ist also eine Hymne gegen den Sozialismus und die Diktatur.

Wichtige Passagen sind:

„Aus den Trümmern auferstanden“ beschreibt nicht nur die Situation in Deutschland in den fünfziger Jahren mit den noch vielen Kriegstrümmerbergen in den Städten, sondern auch die aktuelle Situation der immer mehr zerfallenden Infrastruktur.

Die weiteren Stichworte sind Einigkeit, Vaterland, Frieden, Fleiß und neues Leben.

Ich stelle mir nun die Frage, warum für die beiden CDU-Spitzenpolitiker Linnemann und Frei die Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 und diese Stichworte extremistisch und geschichtsvergessen sind. Kennen die beiden Politiker die deutsche Geschichte nicht, können sie einen Text nicht deuten oder lehnen Sie Einigkeit, Vaterland, Frieden, Fleiß und neues Leben ab?

Wollen Linnemann und Frei etwa die „DDR“ zurück, nur eben mit moderner Technik?

Der Referentenentwurf aus dem Innenministerium (Dobrindt, CSU) lässt hier wenig Gutes ahnen, da der Verfassungsschutz danach Rechte bekommen soll, wie sie auch die Stasi in der „DDR“-Diktatur gehabt hat. Dazu soll dann u.a. auch das Fälschen und Verfälschen von Informationen gehören. Wenn aber der Verfassungsschutz, der dem Innenministerium untersteht, dessen Handeln somit von der Regierung bestimmt wird, fälschen und verfälschen darf, wie können wir dann einer solchen Regierung noch ein Wort glauben?

Würde dadurch nicht die Regierung zu einer Lügen-Regierung?

Nicht nur für Ostdeutsche, sondern auch für Westdeutsche gilt: Wir lassen uns die (Erinnerung an die) „DDR“ nicht nehmen, aber wieder haben wollen wir sie auf keinen Fall – erst recht nicht mit moderner KI-Überwachungstechnik.

Für uns gilt sowohl „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“ wie auch „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“!

Wir gedenken: 20. Juli 1944

Am 20. Juli 1944 wagte der preußische Offizier Oberst Graf Stauffenberg ein Bombenattentat gegen den nat.-sozialistischen Diktator Hitler in dessen Versteck „Wolfsschanze“ in Ostpreußen. Dem Attentat folgte ein Putsch in Berlin und allen Wehrkreisen der Wehrmacht.

Leider schlug das Attentat fehl und durch weitere ungünstige Umstände misslang der Putsch. Die Putschisten, denen die Gestapo habhaft werden konnte, wurden ermordet oder zum Selbstmord gedrängt (General Rommel).

Die mutigen Männer des 20. Juli handelten als wahre Preußen, als wahre Patrioten, denn sie erkannten auf welch schreckliche Art der Diktator Hitler gegen die Interessen des deutschen Volkes und des deutschen Staates handelte.

Der Sozialist Hitler misstraute den rechten preußischen Kreisen schon vorher.

Zu Recht, denn es entsprach der preußischen Tradition gegen die Regierung zu handeln, wenn diese grob gegen die Interessen von Volk und Staat verstieß.

Geschichtliche Beispiele sind 1757 die Schlacht von Leuthen (Befehlsverweigerung von General von Seydlitz), 1812 die Konvention von Tauroggen gegen Napoleon trotz des zögernden Königs durch General von Yorck. Der für Ende 1938 geplante Beck-Oster-Putsch gegen Hitler durch u.a. General Beck und Oberstleutnant Oster.

Wir gedenken den tapferen Männern des 20. Juli 1944, die ihr Leben für ein besseres Deutschland gaben.

Dazu ein Buchtipp:

„Aufstand des Gewissen“ zum Widerstand gegen die erste sozialistische Diktatur in Deutschland.

Empfehlungen an Ursula von der Leyen: KI hilft

Die EU-Kommission will oder kann nicht nachweisen, dass die 6 Milliarden Euro, die in den letzten 2 Jahrzehnten in den Gaza-Streifen geflossen sind, nicht direkt oder indirekt an die Hamas zur Terrorfinanzierung gingen.

Rund 400.000 Seiten sollen dazu gesichtet werden müssen, was angeblich 29 Jahre dauern würde, wenn ein Mitarbeiter jeden Tag 4 Stunden arbeiten würde.

Interessant!

Warum soll nur 1 Mitarbeiter daran arbeiten und das auch nur 4 Stunden pro Tag?

Ist das etwa ein Indiz für die Arbeitsmoral der EU-Beamten?

Hat die EU keine Computer, keine Digitalisierung, keine Suchfunktion oder KI?

Interessant ist auch ein Blick in den Gaza-Streifen. Dieser ist so groß wie Westberlin es war und hat ein Tunnelnetz, dass größer ist als das U-Bahn-Netz von London. Diese Tunnel werden als Waffenlager, als Gefängnis, als Folterkammer und für Anschläge durch die Hamas genutzt. Deren Bau hat viel Geld gekostet.

Laut CBS-News und anderen Quellen soll der PLO-Chef Arafat zu Lebzeiten ein Vermögen zwischen 1 und 3 Milliarden US-Dollar gehabt haben. Seine Witwe und seine Tochter werden ebenfalls auf mehr als 1 Milliarde US-Dollar geschätzt. Das Vermögen des aktuellen PLO-Chefs Abbas (Westjordanland) wird auf rund 100 Millionen US-Dollar geschätzt.

Hingegen sollen die Führer der Hamas auf mehrere Milliarden US-Dollar kommen.

Angefangen haben all diese Flüchtlingsfamilien, die 1948 aus Israel flüchteten, weil ihr Aufstand und die Invasion gegen Israel fehl schlugen, als mehr oder minder arme Flüchtlinge. Doch dann kam das Geld aus dem Westen, zu einem guten Teil von der EU und aus Deutschland.

Sozialismus heute: Andere Prioritäten

Dr. Alice Weidel forderte im Bundestag von Kanzler Merz eine Umkehr zu einer Politik für unser deutsches Volk. Doch Merz konterte, dass er eben andere Prioritäten habe.

Der Etat des Entwicklungshilfeministeriums beträgt über 10 Milliarden Euro und Bund, Länder und Kommunen geben jedes Jahr für sogenannte Flüchtlinge deutlich mehr als 50 Milliarden Euro aus.

Diese Gelder gibt die Bundesregierung aus während unsere Brücken einstürzen, Schulen verfallen, die Straßen defekt sind. All das, während die fleißige deutsche Bevölkerung eine Staatsquote von über 50% tragen muss und immer ärmer wird.

Es geht also gar nicht darum, dass Kanzler Merz nicht anders kann, er will es gar nicht.

Wir, die AfD, wir wollen die Segel klug setzen und so Deutschland auf einen rechten Kurs zurückbringen. Klare Analyse, kluge Ideen, konsequent umsetzen, das ist AfD. Darum am 13. September AfD wählen.

Sozialismus heute: Rücktritt

Spahn ist nach Corona-Maßnahmenaffäre, Maskenaffäre und nun Kinderhandelsaffäre endlich zurück getreten.

Kinderhandelsaffäre? Wie soll ich es sonst nennen, wenn zwei reiche homosexuelle Männer in den USA eine Mutter dafür bezahlen, dass sie ihnen ihr Kind überlässt?

Das Spahns Kinderhandel so in Deutschland nicht strafbar ist, ist ein Skandal. Aber vielleicht liegt es ja auch daran, dass er am Gesetz mitgearbeitet hat.

Der Rücktritt war überfällig. Warum hat Kanzler Merz Spahn nicht schon längst entlassen?
Ist Kanzler Merz auch dazu zu schwach gewesen?
Wer zu schwach ist Entscheidungen zum Wohle des deutschen Volkes zu treffen, der
bricht seinen Amtseid und muss zurücktreten!
Zeigen wir am 13. September Merz die rote Karte, wählen wir alle die gute Alternative für
Deutschland, für unser Vaterland!

Zitat des Monats

Kanzler Merz anlässlich des Rücktritts von Jens Spahn:
„Glaubwürdigkeit ist das höchste Gut der Politik“
Meine Meinung dazu:
Das sehe ich genauso und daher fordere ich angesichts der vielen von ihm gebrochenen
Versprechen (u.a. keine neuen Schulden, keine höheren Steuern, links ist vorbei) die er
kurz vor der Wahl noch gab den Rücktritt von Kanzler Merz.

Rätselhafte unregelmäßige Einzelfälle-Flut

Berlin, Buxtehude, Regensburg, Stade, Stuttgart, Trier und viele Orte mehr an denen es
immer wieder unregelmäßig zu regelwidrigen Einzelfällen kommt. Auch das Wetter bietet
uns unregelmäßige Einzelfälle in Form fallender Regentropfen. Die Regentropfen sind
auch in der Masse fast immer harmlos. Die vielen Einzelfälle von Messerattentaten, von
Autoattentaten und anderen Anschlägen von meist polizeibekannten meist ausreisepflichti-
gen Islamisten sind eine gefährliche Flut. Entziehen wir dieser tödlichen Flut den Nach-
schub in dem wir konsequent die Grenzen gegen illegale Einwanderung schützen.
Am 13. September ein Zeichen setzen und AfD wählen.

Zurück in die Zukunft

Die Sozialisten von Die Linke (vormals Mauerschützenpartei SED), Grüne, SPD und zu
große Teile der CDU haben uns ins Mittelalter zurückbefördert.
Sie taten dies, indem sie 2015 den Grenzschutz aufgaben und Millionen illegale Einwan-
derer (sog. Flüchtlinge) in unser Land ließen.
Nun müssen sie jede Schule, Behörde, jeden Platz und jede Straße schützen und wun-
dern sich, dass sie dafür zu wenig Polizisten haben.
Sie beförderten uns ins Mittelalter, in dem sie statt der wetterunabhängigen und kosten-
günstigen Kernkraft auf teuer subventionierte Windkraft setzen.
Nun wundern sie sich über Abwanderung und Firmenpleiten und den Verlust von Arbeits-
plätzen, Steuereinnahmen und Wohlstand.
Sie beförderten uns sogar ins frühe Mittelalter, indem sie den freien Erkenntniswettbewerb
der Wissenschaftler durch die Klimareligion ersetzen.
Nun wundern sie sich über Abwanderung von Top-Wissenschaftlern, Top-Akademikern
und dem Verlust von Technologieführerschaft.
Schluss mit offenen Grenzen für Einwanderer, Schluss mit Wind-Subventionswahn,
Schluss mit der Klima-Untergangsreligion!
Daher am 13. September klug wählen, also AfD wählen!

Ist der dritte Sozialismus in Deutschland eine Demokratiesimulation?

In einer Demokratie dürfen die volljährigen Staatsbürger in freier, gleicher und geheimer Wahl z.B. einen Bürgermeister oder Landrat wählen. Auch dürfen die Bürger sich in diese Ämter wählen lassen.

Was aber, wenn Kandidaten einer nicht verbotenen Partei bei ausreichender Aussicht auf einen Wahlsieg von der Kandidatur ausgeschlossen werden?

So geschehen in Ludwigshafen und aktuell nun auch anlässlich der Kommunalwahl am 13. September u.a. in Göttingen, Wilhelmshaven und Friesland:

Ein gerade 2026 verabschiedetes Gesetz in Niedersachsen ermächtigt den Wahlausschuss bei Zweifeln an der Verfassungstreue eines Kandidaten diesen von der Wahl auszuschließen.

Das Innenministerium hat ein Weisungsrecht gegenüber dem Verfassungsschutz.

Der Verfassungsschutz stuft die AfD als „Beobachtungsobjekt von erheblicher Bedeutung“ ein.

Daraus leitet der Wahlausschuss Zweifel an der Verfassungstreue des Kandidaten ab, da er Mitglied der AfD ist, obwohl dem Kandidaten persönlich nichts vorzuwerfen ist.

So erreichen die SPD und die Grünen, die wissen, dass ein Parteiverbotsantrag juristisch scheitern würde, dass z.B. der Beamte und AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Siechert mangels Zulassung zur Kandidatur kein Landrat von Ostfriesland werden kann.

Die Sozialisten in der „DDR“ hatten dazu eine klare Meinung:

„Es muss alles demokratisch aussehen, aber wir (die SED) müssen die Macht haben.“

Die Aussage, dass wir in Deutschland bereits bei DDR-2.0 angekommen sind, wollen die Sozialisten daher nicht hören.

Urteilen Sie selbst:

Ist Deutschland noch eine Demokratie oder ist es teilweise nur noch eine Demokratiesimulation?

Sanktionen gegen Russland: Und sie wirken doch ...

Viele meinen die Sanktionen der EU-Staaten gegen Russland würden keine Wirkung zeigen. Nun haben wir im Juli den Beweis des Gegenteils. Da von Sanktionen auch die Lieferung von Ersatzteilen betroffen ist, kann schon ein kleines, aber wichtiges Ersatzteil eine große Maschine lahmlegen. So geschehen bei Hubschraubern, die am Boden bleiben mussten, da sie mangels notwendiger Ersatzteile nicht gewartet werden konnten.

Die Folge: Waldbrände konnten nicht gelöscht werden, da die Hubschrauber nicht starten konnten und kein anderweitiger Ersatz zur Verfügung stand. So aktuell geschehen in Spanien und Portugal bei deren Hubschraubern russischer Bauart. Die Sanktionen haben somit ihre volle Wirkung entfaltet. Viele dachten, dass Sanktionen gegen Russland ausschließlich zum Nachteil Russlands wären. Manch einer hatte sich das anders gewünscht, manch einer wünscht sich das aktuell anders. Wie bitter ist doch manchmal die Realität. Nicht, dass es keine Mahner gab, doch zu viele wollten nicht auf sie hören.

4. Zu guter Letzt

Irrtümer des Sozialismus: Wind-Pleite

Der Wind schickt keine Rechnung, doch der Bau eines Windrades kostet Geld. Ebenfalls kostet der Betrieb und der Abbau des abgenutzten Windrades nach ca. 20-25 Jahren Geld.

Die reale Leistung eines Windrades beträgt nur ein Viertel der theoretisch möglichen Nennleistung. Doch auch diese 25% sind kein real erzielbarer Wert, denn dieser liegt nur bei 20%, da es Zeiten gibt in denen kein Bedarf für den Wind ist und daher die Strompreise negativ sind.

Wenn wir diese Fakten betrachten und den Vorrang für Wind, die nicht marktgerechten Einspeisevergütungen und alle weiteren Subventionen für die nunmehr rund 40 Jahre alte Technologie streichen, dann bringt ein Windrad in seiner Lebensdauer für die Investoren je nach Standort kleine oder große Verluste.

Wie gut, dass es die Subventionen und den Einspeisevorrang gibt und dass die Bürger alles über den Strompreis für uns bezahlen, denken die Investoren.

Weg mit diesem Unsinn. Weg mit dem Einspeisevorrang, weg mit der nicht marktgerechten Einspeisevergütung, weg mit allen Subventionen für Windkraftanlagen!